

Rundbrief

761 Abmahnungen bei Daimler Bremen – Es geht um das Streikrecht

1. Daimler kann's nicht lassen: Repressalien gegen einen der 32 Kläger

Thomas Langenbach, aktiver Vertrauensmann und Ersatzbetriebsrat, einer der 32 Kläger gegen die Abmahnungen, hat eine weitere, politisch motivierte Abmahnung und diverse Personalgespräche aufgedrückt bekommen. Grund: Er hatte eine Betriebsrätin kritisiert, die für das Raubpaket der Werkleitung (Fremdvergabe, Ausdehnung der Leiharbeit, 92 Sonderschichten, verschärfte Arbeitsbedingungen, etc.) gestimmt hatte. „Störung des Betriebsfriedens“ nennt das Unternehmen das und mischt sich in Betriebsratsangelegenheiten ein.

Am kommenden **Dienstag, 6. Oktober, um 12.00 Uhr** findet die erste Verhandlung vor dem Arbeitsgericht Bremen (Am Wall 196) statt bezüglich der Klage des Kollegen Langenbach gegen diese unerhörte Abmahnung. Vertreten wird er durch einen unserer 4 Rechtsanwälte, Gabriele Heinecke (Hamburg). Auch hier hat die IG Metall wieder den Rechtsschutz für ihr Mitglied verweigert.

2. IG Metall verweigert nach wie vor den Rechtsschutz für die 32 Kläger

Aufgrund eines Protestbriefs von ca. 270 Kollegen an den 1. Vorsitzenden der IG Metall, sowie an den Bezirksleiter Küste, fand im August ein Gespräch mit Meinhard Geiken (Bezirksleiter) mit mehreren der 761 Abgemahnten statt. Geiken bekräftigte die Haltung der IG Metall, dass sie keinen Streik unterstütze, zu dem sie nicht selbst aufgerufen habe und bestätigte damit die Ablehnung des Rechtsschutzes. Er wollte die Sache aber dem Vorstand zur letztendlichen Entscheidung vorlegen. Aus Frankfurt gibt es bis dato keine Rückmeldung.

Deswegen möchten wir in diesem Zusammenhang nochmals auf unseren Solidaritäts- und Kampffonds hinweisen, um die klagenden Kollegen nicht alleine stehen zu lassen:

Anja Luers, Berliner Volksbank, IBAN DE67 1009 0000 5650 0040 02, Stichwort: Streikrecht

3. Die IG Metall-Vertrauensleute und Kollegen sehen dies anders

Die Vollversammlung der Vertrauensleute des Werkes Bremen hat am 17. September mit grosser Mehrheit die IG Metall aufgefordert, die abgemahnten Kollegen durch Rechtsschutz zu unterstützen (siehe Antrag im Anhang).

4. Wir müssen draussen bleiben...

Ab 18. Oktober tagt der Gewerkschaftstag der IG Metall in Frankfurt. Die Sprecher der 761 Abgemahnten haben an den Vorstand geschrieben, dass sie über den Streik, die Abmahnungen und die Klage dagegen zu den Delegierten sprechen wollten und dazu mit einer Abordnung von rund 10 Kollegen nach Frankfurt kommen werden. Der 1. Vorsitzende liess mitteilen, dass man uns den Eintritt verwehren werde und dass unser „Anliegen“ nicht zu den Themen des Gewerkschaftstages gehöre (siehe Schreiben im Anhang).

Wir werden nach Frankfurt fahren und werden Sie/Euch noch über Näheres unterrichten.

5. Erinnerung

Nach dem gescheiterten Gütetermin vom Juli ist der nächste Verhandlungstermin vor dem Arbeitsgericht Bremen für den **16. Februar 2016** angesetzt.

Für die Sprecher der 32 Kläger:

Gerhard Kupfer, mail: g.kupfer@arcor.de, Tel. 0176 22 38 21 20